

AUSZUG

**aus der Niederschrift
über die 5. nicht öffentliche Sitzung Ortsbürgermeisterdienstversammlung am
21.08.2019**

Zu TOP : 1

**Fortführung der Mitgliedschaft der Verbandsgemeinde Bad Ems - Nassau im Verein
Jugendzentrum e.V.; Kostenerstattung durch die Stadt Bad Ems und die
Ortsgemeinden der ehemaligen Verbandsgemeinde Bad Ems im Wege einer
Sonderumlage 2**

Herr Bürgermeister Bruchhäuser verweist in der Sache auf das Schreiben vom 11.07.2019 an die Ortsgemeinden im Bereich der ehemaligen Verbandsgemeinde Bad Ems. Er führt weiter aus, dass seit 1993 die Verbandsgemeinde Bad Ems Mitglied im Trägerverein Jugendzentrum e.V. war. Dies war Voraussetzung für die Beschäftigung von 2 hauptamtlichen Betreuern. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt zwischen 30 – 33 T€.

Im Zuge der Fusionsverhandlungen ergaben sich unterschiedliche Betrachtungsweisen, da das Nassauer Jugendzentrum ausschließlich von der Stadt Nassau betrieben und finanziert wird. Es wurde daher für das Jahr 2019 die Finanzierung der Mitgliedschaft für das Jugendzentrum Bad Ems über die Sonderumlage 2, die von den Ortsgemeinden der ehemaligen Verbandsgemeinde Bad Ems getragen wird, einvernehmlich beschlossen mit dem Auftrag an den neuen Rat, die Jugendarbeit ab 2020 neu zu ordnen.

Dementsprechend fanden Vorberatungen im Fach- und Hauptausschuss statt, in die der Bericht des Jugendzentrums und der weiterführenden Realschule plus Bad Ems – Nassau mit der Erkenntnis einfließen, dass viele Schüler das qualifizierte Angebot im Jugendzentrum nutzen und eine diesbezügliche Kooperation eingegangen wurde.

Der Hauptausschuss hat dies positiv aufgegriffen und im Sinne einer Kooperationsvereinbarung und Solidarität empfohlen die im Jahre 2019 getroffene Übergangsregelung einschließlich der Finanzierung in eine dauerhafte Lösung umzuwandeln. Dies führt dazu, dass der Löwenanteil aus der Sonderumlage 2 die Stadt Bad Ems mit rund 20 T€ trägt und die übrigen Ortsgemeinden zwischen 3 T€ und 700 € jährlich.

Der Vorsitzende bietet diesbezüglich eine Beschlussvorlage für die Ortsgemeinden zu erstellen und die Erörterung in den Ortsgemeinderäten - soweit gewünscht - zu begleiten an.

Es erfolgen eine Abfrage eines etwaigen Meinungsbildes aus den jeweiligen Ortsgemeinden und ein gegenseitiger Meinungs austausch.

Herr Görg erklärt, dass man bereits in der konstituierenden Sitzung der Ortsgemeinde Fachbach zu dem Ergebnis gekommen sei, dass es sich um eine sinnvolle Aufgabe und Ausgabe für die Ortsgemeinden handelt, da auch die Schüler, insbesondere aus sozial schwierigen Lebensumständen der Umlandgemeinden von der Jugendbetreuung partizipieren. Dies seien in einem Jahr mal mehr und im nächsten Jahr mal weniger Schüler, so dass auf lange Sicht jede Ortsgemeinde letztlich profitiere und der Solidarbeitrag die richtige Lösung darstelle, da es um die Kinder aus der Verbandsgemeinde geht. Mit dieser Solidarität müsse man die Stadt Bad Ems mit dem Betrieb des Jugendzentrums und der

Begleitung sozialauffälliger Kindern unterstützen, um einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag in der heutigen Zeit im Sinne einer überörtlichen Jugendbetreuung leisten zu können.

Herr Zaun schließt sich dem Meinungsbild von Herrn Görg an. Mittelfristig werde für jede Gemeinde der sozialgesellschaftliche Nutzen spürbar. Für Nievern sei die breitgefächerte Fachbetreuung durch das Jugendzentrum wichtig und ein zukunftsfähiger Solidarbeitrag gerechtfertigt. Er regt an, Werbung zu betreiben, um bei weiteren Jugendliche auch aus dem Umland Interesse zu wecken und an die Angebote heranzuführen.

Frau Wittler erklärt, dass der Ortgemeinderat Dausenau u.a belastbare Zahlen erwartet, um eine Entscheidungsfindung treffen zu können. Der Vorsitzende sagt zu, die Besucherstruktur über das Jugendzentrum abzufragen und vorzulegen.

Frau Lehmler erkennt die notwendige Solidarität an, auch wenn von Becheln aus eine verstärkte Schülerbewegung Richtung Nastätten stattfindet. Ihr wurde von Lehrkräften die wichtige Arbeit am Jugendzentrum bestätigt. Es ergeht der ergänzende Hinweis, dass auch zu bedenken sei, dass Schüler aus Nassau die Angebote des Bad Emser Jugendzentrums nutzen. Sie verweist auf Fachberichte, dass Schüler und Jugendliche in Jugendbegegnungsstätten oftmals besser als zu Hause aufgehoben seien.

Herr Eschenauer bestätigt die positiven Argumente seiner Vorredner und hält einen „kleinen“ Beitrag von 3 T€ mehr als gerechtfertigt für eine nachhaltige Jugendbetreuung. Die Willensbildung in seinem Rat ist derzeit allerdings noch nicht absehbar. Hierzu würden Argumente für die Sache benötigt und er hält es für notwendig Sicherheit zu schaffen, das Konzept in Kooperation mit der Schule auf den Weg zu bringen und auszubauen. Dies sei Voraussetzung, um auch breitflächig Schüler von der Nassauer Seite einzubinden.

Herr Görg empfiehlt, die Schüleranzahl aus den jeweiligen Gemeinden nicht einzelfallbetrachtet zu sehen. Von Bedeutung sei, dass sich zwei pädagogische Fachkräfte um die Jugendlichen in der Verbandsgemeinde kümmern und die Ortsgemeinden diesbezüglich keinen eigenen Betreuungsaufwand vorzuhalten haben.

Herr Hanisch sieht die gebotene Solidarität mit der Empfehlung, die Räte im Sinne einer gemeinsam getragenen Lösung, zu ermuntern.

Herr Zaun empfiehlt parallel Kurse in Gemeinden zur Interessensweckung anzubieten und zur Verfügung stehende Budgets bzw. Zuschüsse aus der Ganztagsbetreuung im Zusammenwirken mit der Schule zum Angebotsausbau und zur Refinanzierung zu nutzen. Herr Görg ergänzt im Zusammenhang mit der Beteiligung von Schülern aus Nassau eine adäquate freiwillige Beteiligung der betreffenden Gemeinden anzustreben.

Herr Krügel bedankt sich als designierter Stadtbürgermeister und Vorsitzender des Trägervereins und hofft, dass der Erfahrungsaustausch über den nachhaltigen Nutzen und eine fundierte Kooperation mit der Realschule plus dazu führen, Zweifler von einer wirksamen überörtlichen Jugendarbeit und deren Ausbau zu überzeugen und zu ermutigen, den finanziellen Solidarbeitrag mitzutragen. Für ihn sei es ein nogo Kinder aus bestimmten Umlandgemeinden auszugrenzen.

Frau Wittler fragt an, ob die Möglichkeit besteht, dass der Gemeinderat in das Jugendzentrum eingeladen wird, um einen fachlichen Einblick zu erhalten. Eine Klärung wird durch den Vorsitzenden über die Stadt Bad Ems zugesagt.

Herr Winkler greift nochmals den Start der Beteiligung in der Jugendarbeit aus dem Jahre 1993 auf. Die Politik verfolgte das Ziel mit der Möglichkeit der Beschäftigung von

hauptamtlichen Fachkräften sinnvolle und gesicherte Jugendarbeit durchzuführen. Dabei sollten diese großen Vorteile genutzt werden, um Kinder aus vielen Gemeinden in der Jugendarbeit mitzunehmen, was sich in Besucherstatistiken ablesen lässt. Mittelfristig sei es sogar überlegenswert, die beiden Jugendangebote in Bad Ems und Nassau zusammenzuführen. Im Falle der Ablehnung der finanziellen Beteiligung einzelner Ortsgemeinden befürchtet er eine Auflösung, so dass man vor dem nichts stehen könnte. Dies gelte es durch Solidarität zu vermeiden.

Herr Görg stellt nochmals klar, dass was als Jugendangebot in der Ganztagschule vorgehalten werde, sei deutlich zu wenig. Dies könne in Kooperation mit der Schule nach einer konkreten Bedarfsermittlung ausgebaut werden. Zudem weist er auf den Zusammenhang mit der Mitgliedschaft zum Schloß Balmoral bei der Fusion hin, so dass aus der Gesamtbetrachtung die Ortsgemeinden der ehemaligen Verbandsgemeinde Bad Ems auch aus diesem Blickwinkel Solidarität zeigen sollten.

Herr Kaffine befürwortet die Jugendarbeit und die weiterhin angestrebte Mitgliedschaft und wird nach besten Kräften für eine entsprechende Umsetzung im Gemeinderat Kemmenau eintreten.

Der Vorsitzende wird den heutigen Diskussionsstand in der Ältestenratssitzung nächste Woche bekanntgeben und erörtern. Fakt ist, dass die Einrichtung wichtig und zu erhalten sei. Die entstehenden und zu tragenden Kosten seien dabei eine gute Investition in eine stabile Jugend. Daher sollte die Mitgliedschaft wieder aufgenommen und Zweifler überzeugt werden, um ein solidarisches Ergebnis, das alle betreffenden Ortsgemeinden mittragen, umsetzen zu können. Dabei sollte eine langfristige Anerkennung einer allgemein gültigen überörtlichen Jugendbetreuung im Verbund mit der weiterführenden Schule zum Ausdruck kommen und eine dauerhafte verbindliche Lösung herbeigeführt werden. Zu konstatieren sei auch, dass die Stadt Bad Ems den Löwenanteil aus der Sonderumlage bereits übernehme und die Ortsgemeinden mit verträglichen Kostenanteilen herangezogen werden. Zur Kostendämpfung wird eine Komplementärförderung aus dem Bereich der Ganztagschule abgefragt.

Im Sinne einer tragfähigen und alsbaldigen Gesamtlösung plädiert Herr Görg bei den Ortsbürgermeistern um eine positive Überzeugungsarbeit in den Räten, um den Mitarbeitern des Jugendzentrums Sicherheit geben zu können.

Der Vorsitzende:

Uwe Bruchhäuser